

Interpellation zu den Schulwegen, resp. der Erkenntnis, dass ein Fünftel der auf Schulwegen liegenden Strassenübergänge im Kanton Basel-Stadt erhöhte Gefahren für Schulkinder bergen

Das Justiz- und Sicherheitsdepartement hat Anfang August das Projekt Basler Online-Schulwege «BOS» ins Internet gestellt. Der Link auf dem Geoviewer ist noch etwas schwierig zu finden (siehe div. Medienangaben), aber die Resultate sind äusserst interessant. Geprüft wurden die möglichen Schulwege gemäss Polizei aus kinderpsychologischer Sicht. Die Auswertung hat ergeben, dass rund 78 Prozent der Strassenübergänge für Kinder geeignet sind und demnach als Schulweg empfohlen werden können. Gut 470 Übergänge stellen an Kindern eine erhöhte Anforderung, 247 sind anspruchsvoll. 17 Querungen werden derzeit von der Verkehrspolizei gar nicht als Schulweg empfohlen. Mit den Worten der sda: Ein Fünftel der auf Schulwegen liegenden Strassenübergänge im Kanton Basel-Stadt bergen erhöhte Gefahren für Kinder. Die Fussweglinien in Basel, Riehen und Bettingen sind meist mit Fussgängerstreifen versehen (manche sogar Lichtsignalanlagen!) und können Eltern „nicht empfohlen“ werden. Das ist alarmierend.

Der Bedarf einer kritischen Situationsanalyse der Schulwege, die sich zudem durch die Neustrukturierung der Schulen verändert haben, hatte sich auch bereits bei drei Petitionen niedergeschlagen. Informationen sind sicherlich sehr erwünscht. Dringend scheint nun jedoch auch die Verbesserung der festgestellten Situation mit konkreten Massnahmen.

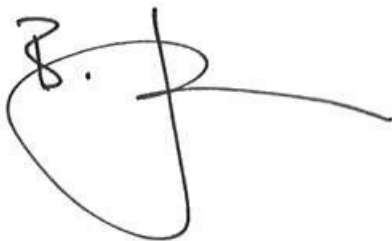
Vor diesem Hintergrund erlaube ich mir, dem Regierungsrat folgende Fragen zu stellen:

1. Information und Schulzuteilung: „Dieses Angebot soll Eltern ermöglichen, für ihre Kinder den geeignetsten Weg zum Kindergarten oder Schulhaus zu finden. Die elektronische Hilfe sei allerdings kein Ersatz für das Training auf der Strasse.“ Bestehen über die Aufforderung an die einzelnen Eltern hinaus noch andere Ideen? Aktive Unterstützung von Pedibus-Zusammenschlüssen der Eltern (<http://www.pedibus.ch/>)? Die meisten schwierigen Übergänge sind in Fussgängervortrittszonen, mit Fussgängerstreifen oder sogar mit Lichtsignalanlagen versehen – manche können gar nicht umgangen werden. Sind die schwierigen Schulwegsituationen den einzelnen Schulkreisen bekannt und werden sie beispielsweise bei der Schulzuteilung berücksichtigt? Resp. gibt es dazu ein Elternunterstützungsplan der Schulen? Das Einrichten von langfristigen Lotsendiensten?
2. Differenzierte Informationen: Die Analyse unterscheidet auf dem Geoviewer die Kategorien: „Geeignet“, „erhöhte Anforderung“, „anspruchsvoll“, „nicht empfohlen“. Sind detailliertere Angaben zu den konkreten Gefahren erhältlich, so dass Eltern ihre Kinder spezifisch vorbereiten können?
3. Aktionspläne/Massnahmen: Bemängelt wurden unter anderem Sichteinschränkungen wie parkierte Autos oder Elektrokästen sowie die Verkehrsintensität - auch ob die Trottoirs genügend breit und damit sicher für Kinder sind. Wenn solche Sichteinschränkungen bestehen, wann werden diese neu definiert (z.B. Parkplätze) oder umgestellt (Kästen/ Rabatten etc.)? Was gibt es für Massnahmen? Gibt es dazu einen konkreten Aktionsplan? Wenn ja, bis wann sind die Massnahmen umgesetzt? Wenn nein, was steht dem im Wege?

4. Priorisierung: Im Rahmen eines ganzen Massnahmenkatalogs zur Steigerung der Verkehrssicherheit wurden auch 796 Fussgängerstreifen im Kanton Basel-Stadt auf deren Sicherheit überprüft. Ist der Massnahmenkatalog priorisiert? Wenn ja nach welchen Kriterien?
5. Weiterentwicklung des Info-Tools - es soll möglich werden, den Schulweg mit Start und Ziel einzugeben, um so noch rascher eine Empfehlung und die entsprechenden Informationen zur gewählten Route zu erhalten - eine Routenplaner-Funktion. Vorgesehen ist diese Weiterentwicklung im kommenden Jahr. Mit welchen Kosten wird hier gerechnet? Wurde die Handhabbarkeit geprüft? Wie werden Eltern informiert die kein iPhone besitzen? Und bei Baustellen: Wäre es nicht einfacher, wenn Baustellenverantwortliche generell und zuverlässig erhöhte Rücksichtnahme auf die Bedürfnisse der Schulkinder bei der Ausschilderung vornehmen? Sind Massnahmen bei Verstössen vorgesehen? Wie wird dies kontrolliert?
6. Viele Kinder bestreiten ihren Schulweg auch mit Trottis oder Velos. Angekündigt wurden in einem weiteren Schritt auch die Strassensicherheit für den Schulweg mit dem Velo zu untersuchen. Bis wann ist hier mit Informationen und entsprechenden Massnahmen zu rechnen? Werden neben Fachstellen auch entsprechende NRO's beigezogen (VCS, ProVelo)?

13.09.2016

Dr. Brigitta Gerber

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'B' followed by a dot and a long horizontal stroke extending to the right.

Schriftliche Anfrage betreffend Informationen über den Baselstädtischen Religionsunterricht

Die letzten statistischen Angaben bezüglich Religionszugehörigkeit haben für den Kanton Basel-Stadt gezeigt, dass sich mehr als 69,7% der Bevölkerung als nicht zu den protestantisch, evangelisch oder katholisch Kirchen gehörig zählen. (Siehe Basleratlas: https://www.basleratlas.ch/#s=2015;v=map2;i=bevkonf.anteil_roemischkatholisch;i=de). Für die Primarschulebene Basel weist das Statistische Amt aus, dass von 8'438 nur 2'342 der PrimarschülerInnen den christlichen Landeskirchen (13% Evangelisch, 12% Katholisch) angehören. 6'095 (75%!) - also die grosse Mehrheit - gehört keiner Religion an oder einer anderen. (Siehe Tabelle T15.1.12 (RZ der Lernenden) unter <http://www.statistik.bs.ch/zahlen/tabellen/1-bevoelkerung/religionszugehoerigkeit.html>).

Der Religionsunterricht in Basel-Stadt wird im Auftrag des Kantons - ganz im Gegensatz zu anderen Kantonen z.B. Zürich (hier übernimmt der Staat diesen Auftrag mit dem Fach «Religion und Ethik») oder Genf (Religionsunterricht wird nicht als staatliche Aufgabe verstanden) - von den evangelischen und katholischen Landeskirchen als christlicher ökumenischer Unterricht durchgeführt.

Bei der Schulanmeldung für die Primarschule und dem Schuleintritt erhalten die Eltern sehr viele Informationen (zu Verkehr, Ernährung, Lesen, Freizeitangeboten etc.). Informationen zu Inhalt und Durchführung des Religionsunterricht beschränken sich auf die Information es sei ein „ökumenischer Unterricht“, zu finden auf einem Merkblatt zwischen „Fundgegenständen“ und „Znüni“. Die Information, dass es sich dabei nur um eine „christliche Ökumene“ handelt (Inhalt der 1. Klasse sind biblische Geschichten, die christlichen Feiertage, der Besuch der Kirche) und, dass die Durchführung durch die beiden Landeskirchen ohne professionelles Lehrpersonal stattfindet sowie nicht obligatorisch ist, fehlen.

Ebenso fehlen Unterlagen wie ein Anmeldeformular (resp. einem Dispensationsgesuch). Ebenfalls fehlt die Information, an wen ein allfälliges Gesuch gestellt werden müsste. Nur auf Nachfrage wird klar, dass ein schriftliches Gesuch mit Begründung gestellt werden muss.

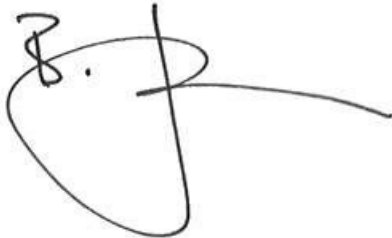
In diesem Zusammenhang bittet die Unterzeichnende den Basler Regierungsrat zu folgenden Fragen Stellung zu nehmen:

1. Warum wird das Prozedere nicht umgekehrt und Eltern müssen aktiv ihre Kinder für den christlichen ökumenischen Unterricht (durchgeführt durch die Landeskirchen) anmelden?
2. Wäre es angesichts der statistischen Angaben nicht sinnvoll und gegenüber den Eltern vertrauensbildender mit einem Infoblatt zum Inhalt des konkreten Unterrichts und über die Auftragsnehmerin (resp. den Entscheid auch nach Einführung des Lehrplans21, den Religionsunterricht weiter über die Landeskirchen durchzuführen) aktiv zu informieren? Ist dies geplant? Warum hat sich das ED dagegen entschieden?
3. Bisher werden Kinder, die vom Religionsunterricht dispensiert sind, meist mit Basteln und Ausmalen beschäftigt. Dies sind keine wirklichen Alternativen zum Religionsunterricht. Wenn es möglich ist, das Kind vom Religionsunterricht abzumelden, warum bietet die Schule für diese Zeit keinen wirklichen, alternativen Unterricht an?

4. Informelle Umfragen haben ergeben, dass die meisten Eltern gutgläubig annehmen, ihr Kind lerne, ganz allgemein und neutral *über Religionen* (wie dies eigentlich im Lehrplan21 vorgesehen ist!). Andere wollen sich zum Wohle ihres Kindes nicht von Anfang an gegen etwas von der Schule kommendes stellen oder sich gar als «nicht-integriert», weil vielleicht anders-religiös, zeigen. Andere befürchten, ihr Kind werde ausgegrenzt oder gar diskriminiert, wenn bekannt wird, dass es aus einem nicht-christlichen Elternhaus kommt. Vielen Eltern sind nicht über ihre Rechte und die ihres Kindes informiert, weil die Schule Informationen vorenthält. Dies scheint äusserst problematisch, aber so besuchen gegen 95% der Kinder den Religionsunterricht, der in manchen Schulhäusern noch als Bibelunterricht auf dem Stundenplan steht. Gibt es zu den Ängsten/ Wünschen der Eltern Untersuchungen? Plant das ED eine Umfrage zur Zufriedenheit der Eltern (Lerninhalt, Ausbildung der Unterrichtenden, Durchführungsbeauftragte)?

Dr. Brigitta Gerber (47)

Basel, 13. September 2016

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'B' followed by a period and a long horizontal stroke extending to the right.

Schriftliche Anfrage betreffend Velosicherheit und technischen Verbesserungen an der Grenzacherstrasse im Abschnitt Stauwerk bis Zoll

Trotz gewisser verdankenswerter Verbesserungen aufgrund meines Anzugs "Verbesserung des Fahrradstreckennetzes von Grenzach-Wyhlen nach Basel" ist die Situation im Bereich Grenzacherstrasse/Kraftwerk und Grenzacherstrasse/Abbiegung Hörnli noch nicht zufriedenstellend.

1. Ein- und Ausfahrt vom Kraftwerk Birsfelden in die Grenzacherstrasse: Hier dürfen die Fahrradfahrer auf der Grenzacherstrasse auswärts nicht mehr auf dem Trottoir fahren. Dennoch tun es verständlicherweise - vor allem aus Sicherheitsgründen – viele; auch in Gegenrichtung, stadtwärts links fahrend. Dies ist besonders im Sommer kritisch, weil zudem viele Velotouristen unterwegs sind, die sich nicht auskennen und ihr Tempo oftmals nicht an die Situation anpassen. Auch auf der Gegenseite ist die Situation sehr unangenehm. Vor Einfahrt Landauerstrasse werden die Velofahrer zum lebendigen Bremsklotz. Die Strasse wird enger, der Velostreifen stadtwärts ist plötzlich weg. Es gilt hier die Hunderten von Personen, die täglich mit dem Fahrrad kommen in ihrer Sicherheit zu unterstützen.

Vor diesem Hintergrund erlaube ich mir, dem Regierungsrat folgende Fragen zu stellen:

- Sind sich die Verkehrsplanenden der gefährlichen Situation bewusst (und wie viele Velo-Unfälle werden hier jährlich registriert)? Ist etwas in Planung zur Verbesserung der Situation - z.B. Sicherheit durch Abbau der Verbote und Neureglung des Fahrrad-Verkehrs? Wenn ja was? Evt. ist die Verbreiterung der Fussgänger-Velozone möglich? Evt. könnte durch die Zusammenlegung des Veloverkehrs auf die Seite mehr Platz zu gewonnen werden?

2. Links-abbiegende vom Hörnli her kommend: Nach Angaben von Anwohnern fahren heute viele PV's (Personen aus Lörrach in Richtung Grenzach fahrend, sowie Personen von Riehen - grosse Einkaufszentren Aldi und Hieber sind Anziehungspunkte) auf dem Weg von Riehen und Lörrach einen Umweg von zusätzlichen 1,2 km durch die Wohnzone (Allmendstrasse). Andere wiederum biegen zwar beim Zoll vorschriftsgemäss (bis 20 Uhr abends) rechts ab, wenden dann aber über den kleinen Parkplatz weiter stadtwärts wieder und fahren so in Grenzacherstrasse zurück. Oder wenden später auf der Strasse (Höhe des Auf-/Abfahrt zum Kraftwerk), was hier wiederum die Situation für Velos und zu Fussgehende allgemein verschärft oder aber drehen beim Pumpenhaus des IWB's /Grenzacherstrasse 511, was die Sicherheit von Velofahrenden aus Richtung Grenze ebenfalls verschlechtert.

Vor diesem Hintergrund erlaube ich mir, dem Regierungsrat folgende Fragen zu stellen:

- Warum ist keine LinksabbiegeLösung vom Hörnli in Richtung Grenzach möglich (wenn man vom Hörnli her kommt)? Auch wenn sich kein Kreisell realisieren lässt, sind hier nicht andere Kreuzungssysteme möglich? Wenn ja welche?

3. Grenzüberschreitender Veloverkehr: Grenzachwärt's hört beim Zoll der Velostreifen plötzlich auf und Barrikaden versperren den Velofahrern den Weg. Es wird sehr eng, obwohl am Zoll zumindest in Richtung Deutschland praktisch kaum Grenzkontrollen durchgeführt werden. Für Velofahrende entsteht ein gefährliches Nadelöhr. In der

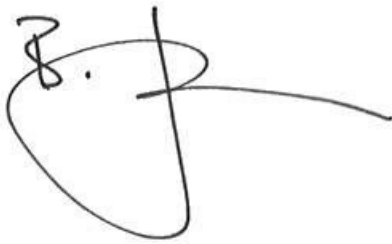
Gegenrichtung Baselwärts wird es am Zoll gefährlich für die Velofahrenden beim Zoll selbst, aber besonders bei der Einfahrt Hörniallee, wo eben eine sinnvolle Kreuzung fehlt.

Vor diesem Hintergrund erlaube ich mir, dem Regierungsrat zusätzlich noch die folgende Fragen zu stellen:

- Wie viele Velofahrende nutzen die Strecke täglich/ wöchentlich von Grenzach nach Basel und zurück?
Kann der Kanton Basel-Stadt nicht auch für unsere Velofahrenden Pendlerinnen und Pendler aus den benachbarten Gebieten die Sicherheit am Zoll verbessern und zumindest auch mit den Grenzwachen eine Verbesserung suchen?

13.09.2016

Dr. Brigitta Gerber

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized loop on the left and a long horizontal stroke extending to the right.